



Wir sind ein Bildungsbündnis aus 20 Interessensvertretungen, Bildungsinitiativen und Verbänden. Wir wollen den neuen Senator für Kinder und Bildung in Bremen in seinem neuen Amt unterstützen. Wir fordern das unverzichtbare, übergreifende und tragende Ziel einer inklusiven und zukunftsfähigen Bildung für alle Kinder und Jugendlichen Bremens, Diese muss endlich als Gesamtverantwortung auch vom Bürgermeister und vom Senat in den Fokus genommen werden. Dafür ist es unerlässlich, dass

- die pro Kopf Ausgaben pro Schüler:in in Bremen auf das Niveau der anderen Stadtstaaten ansteigen,
- eine ab sofort tragfähige Ressourcenplanung und finanzielle Sicherung für den unabdingbaren Ausbau der Schulplatz- und Ganztagskapazitäten der kommenden Jahre vorgenommen wird und
- ein Ressort für alle relevanten Belange von Kindern und Jugendlichen zuständig ist, um effizient und koordiniert individuelle Unterstützung bei Erziehung und Bildung zu gewähren.

100 Tage lang veröffentlichen wir wöchentlich Pressemitteilungen unter dem Dach des Bündnisses. Damit wollen wir unsere gemeinsamen Forderungen in aller Deutlichkeit wiederholen. Jede Woche wird ein anderer unserer 20 Verbände aus seiner Perspektive die Dringlichkeit von Veränderung beschreiben.

Pressemitteilung

Die Schulleitungsvereinigung Bremen e.V. kritisiert mangelhafte Schulstandortplanung – Appell für sofortiges Handeln des Senats

Kernaufgabe der Schulleitungen in Bremen ist, an ihrem jeweiligen Standort für eine auskömmliche Bildung für ALLE Kinder und Jugendlichen zu sorgen. Dafür steuern und entwickeln sie die Umsetzung von passgenauen pädagogischen Konzepten, richten Ihre Personalentwicklung danach aus, die Schulorganisation ist darauf abgestimmt, ebenso das Qualitätsmanagement in den einzelnen Schulen.

Die Bereitstellung der finanziellen und räumlichen Ressourcen für diese Arbeit obliegt dem Bremer Senat und die effiziente und bedarfsgerechte Planung der Schulplatzkapazitäten ist Aufgabe der Schulverwaltung bei der Senatorin bzw. beim Senator für Kinder und Bildung.

Hier müssen wir feststellen, dass seit Jahren in diesen Verantwortungsbereichen des Bremer Senats und der Schulverwaltung defizitär geplant und gearbeitet wurde. Die Folgen sind:

- Die Schulen in Bremen haben ihre Kapazitätsgrenzen nicht nur voll erreicht, sondern bereits jetzt absolut überschritten,
- Die Schulausbauplanung und die zeitgerechte Umsetzung für neue Kapazitäten wird aufgrund der fehlenden Bereitstellung von finanziellen Mitteln nicht annähernd den kommenden Bedarfen gerecht. Es erscheint uns als Schulleitungen inzwischen kaum vorstellbar, dass das Ziel, zukünftig genug Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, noch erreicht werden kann. Dies käme einem Kollaps gleich.
- Es entsteht der Eindruck, dass diese Notlage von Seiten der politisch und schulplanerisch Tätigen vor der Öffentlichkeit nicht sachgerecht dargestellt wird.

Bereits jetzt sind die Auswirkungen dieser Handlungsweise unübersehbar, bspw.:

- Schüler:innen werden in maroden, arbeitsschutzrechtlich gesehen äußerst fragwürdigen Räumen beschult (siehe hier exemplarisch die Berichterstattung zum Schulstandort Steinkamp in Lesum).
- Die eigens für den Schulbau eingerichtete Bildungsbaugesellschaft erwägt, die Fehl- und Erweiterungsplanungen, die aufgrund der Zeitverzögerungen bereits jetzt entstanden sind, in den vom Senator für Kinder und Bildung – und damit letztlich dem Steuerzahlenden - zu entrichteten Mietpreis für die entstehenden 6 Standorte einzupreisen, Das würde dazu führen, dass der Quadratmeterpreis bis zu 40% über dem sonst üblichen Marktpreis liegen könnte.
- Nötige Neugründungen von Schulen werden nicht ernsthaft weiterverfolgt, obwohl allen Beteiligten klar ist, dass eine Aufnahme von Schüler:innen in den bestehenden Standorten, selbst bei der Errichtung von Mobil- bzw. Containerbauten unmöglich ist. Hier werden notwendige Entscheidungen seit Jahren hinausgezögert (vgl. hier Drucksache des Bremer Senats vom 23.09.2025 21/625S; Große Anfrage der CDU vom 07.07.2025 zur Schulkapazitätsplanung)

Planungen zu Kapazitätserweiterungen am jeweiligen Standort haben Auswirkungen auf das pädagogische Konzept, die Schulorganisation und die Personalentwicklung. Selbstverständlich sind diese oft im Vorfeld zu tätigen. Hier brauchen Schulleitungen Handlungssicherheit. Diese ist nicht gegeben, wenn nötige Entscheidungen zur Ausweitung der Kapazität ausbleiben oder sich häufig ändern. Das stört den Schulfrieden massiv und führt zudem zu unnötigen Planungsausgaben.

Vor diesem Hintergrund halten die Schulleitungen fest: Kein neuer Bildungssenator kann unter diesen Voraussetzungen erfolgreich sein Amt führen. Hier braucht Herr Rackles als neuer Senator für Kinder und Bildung sofortige und verbindliche Unterstützung des Bremer Senats und des Bürgermeisters. Bildung muss endlich den notwendigen Stellenwert in der politischen Prioritätensetzung erhalten.

Die Forderungen der Schulleitungen im Überblick:

- Eine umfassende, transparente und bedarfsorientierte Schulkapazitätsplanung, die bestehende Standorte nicht überfordert
- Ein vollständiges Sofortprogramm zum Schulbau und zur Schulerweiterung.
- Die verlässliche Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen

Zukunftsfähige und auskömmliche Bildung ist Grundaufgabe staatlicher Verantwortung für alle Bürger:innen Bremens - kein optionales Angebot.

Kontakt:

Achim Kaschub, 1.ter Vorsitzender
Schulleitungsvereinigung Bremen e.V.
0172/2569575
achim.kaschub@nord-com.net